



„Sorry, meine Herren, in unsrer Rechtsordnung hab' ich zwar Machtmittel gegen Hausbesetzer, aber nicht gegen Spekulanten ...!“  
(De Volkskraant 4.3.80)

## Überall ist Amsterdam ...

**Neue Wohnungsnot: leerstehende Wohnungen, Hausbesetzungen, polizeiliche Räumungsaktionen ...**

Vor einem „Wohnungsberg“ in den 80er Jahren warnte Kurt Biedenkopf 1978, nachdem er in die (seit 10 Jahren fortgeschriebene) Statistik geschaut hatte. Der Deutsche Mieterbund entgegnete damals: über eine Million Wohnungen stünden nur auf dem Papier und in den Ballungsräumen zeichne sich im Gegenteil ein neuer Wohnungsmangel ab. Er behielt recht, wie die jüngste 1%-Wohnungsstichprobe belegt. Minister Dieter Haack dagegen spielt das Problem herunter: „Eine schlimme Wohnungsnot gibt es nicht.“

## Aachen: Steht Hausbesetzung bevor?

Trotz hoher Wohnungsnot, die vor allem die Studenten zu spüren bekommen, stehen in der Goerdelerstr. (ehem. Kaiserstr.) mehrere Jugendstilhäuser leer. Sie gehören der Stadt. Zugunsten einer Verbreiterung der Straße auf vier (später drei) Spuren sollten die Häuser zunächst gänzlich abgerissen werden. Der massive Protest einer BI führte dazu, daß die Häuser zwar stehen bleiben, aber mit Arkaden durchlöchert werden sollen, was gar nicht so einfach ist bei sehr unterschiedlichen Kellerdecken-Niveaus. Das Ganze nur, um für drei Spuren

zusätzliche 70 cm Platz zu gewinnen. Ein Vorschlag des AStA, die Wohnungen wenigstens zwischenzeitlich an Studenten zu vermieten, wurde abgewiesen.

Verkehrsplanerisch ist das Ganze durchaus überflüssig, aber es existierte ein alter Bebauungsplan – einstimmig verabschiedet von allen drei Fraktionen. Dieser Konsens ist unter dem Eindruck der Bürgerproteste zerbröckelt. Die herrschende CDU möchte sich nicht dem „Druck der Straße“ beugen ...

## Bremen:

### Bürgerkrieg um Stadtzerstörung

Am 11.2.80 besetzt die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA) längere Zeit schon leerstehende Ladenräume in Fedelhörn 73. Sie erklärt: „Diese Aktion ist auch Ausdruck unserer Solidarität mit den Hausbesetzungen in verschiedenen Stadtteilen, gegen die weitere Kommerzialisierung und Zerstörung unsres Stadtteils. „Vorgeschichte: die bisherigen Ladenräume der BBA im Fedelhörn 14 sollen im Zuge der Sanierung des Ostertorviertels abgerissen werden und durch ein Appartement- und Geschäftshaus ersetzt

werden. Der Eigentümer hatte der Initiative Gas, Wasser und Strom gesperrt. Der Voreigentümer, die „Neue Heimat“, hatte das Haus Fedelhörn 14 weitgehend verkommen lassen.

Entgegen sonstiger Übung wird bereits zwei Tage später um 7 Uhr 30 geräumt. Noch am Vorabend hatte – vermittelt durch die Jusos – eine Veranstaltung über das Atomprogramm mit Umweltsenator Brückner (SPD) stattgefunden, zu der auch die BBA eingeladen war. (Ob der wohl wußte, was am nächsten Morgen passieren würde ...?)

Am selben Tag, 12.2., 9 Uhr (so spät?) wurden die bereits seit 10 Monaten besetzten Häuser Osterdeich 12 u. 13 von der Polizei gestürmt, obwohl eine gerichtliche Entscheidung über eine spätere Räumung unmittelbar bevorstand. Die Häuser wurden von Bauarbeitern umgehend unbewohnbar gemacht. Die 20 Leute vom Osterdeich übernachteten daraufhin im neuen BBA-Laden Fedelhörn 73 und wurden bereits am nächsten Morgen zum zweitenmal Opfer polizeilicher Räumungsaktionen.

In der darauffolgenden Woche herrscht Bürgerkriegsstimmung im Ostertorviertel. Protestdemonstrationen gegen die Stadtzerstörung durch SPD-Senat und die Bremische „Gesellschaft für

Stadtentwicklung und Wohnungsbau“ (Sanierungsträger) werden zumeist von Polizei zusammengeknüpelt. Nach Abschluß einer Demonstration am 19.2. exerzieren einige Polizeihundertschaften eine Bürgerkriegsübung: die restlichen Demonstranten werden von zwei Seiten her zusammengetrieben, Leute aus Hauseingängen, ja selbst aus einem Kinovorraum gezerrt.

„Sicherheit für die 80er Jahre“: Welche Übereinstimmung von Theorie und Praxis sozialdemokratischer Politik!

18.2.: Die „Bremische“ allerdings steckt zurück: überraschend bot sie der BBA Räume in der St.Pauli-Str. 10/12 an. Der Mietvertrag wurde abgeschlossen.

## Frankfurt: Go in's Wohnungsamt

19.3. Das Frankfurter Wohnungsamt erhält für zwei Stunden ungewohntes Besuch. 70 Leute aus der ganzen Region dringen in die kommunale Wohnungsvermittlungsstelle und in das Sozialamt ein, beglücken die Sekretärinnen mit Blumen, den Portier mit einer Flasche Wein und die Amtsleiter mit Fragen über das krasse Mißverhältnis einer Riesenzahl von Wohnungssuchenden (23.000 allein sind amtlich registriert!) und dem überall leerstehenden Wohnraum. Ein Amtsleiter verschwand darauf sofort in sein Büro und verriegelte die Tür. Nachdem alles vorüber war, erklärte er sich „als die völlig falsche Adresse“: „Da müssen Sie zu Herrn Wallmann (OB) und den verantwortlichen Politikern gehen.“ (Daß die Sozialbürokratie unverantwortlich ist, scheint also bereits Amtsleitern bewußt geworden zu sein!) Doch zurück zum Geschehen: Die „Besetzer“ – unter ihnen zahlreiche Hausbesetzer – hängen aus dem 10. und 2. Stockwerk Transparente (war wohl noch ein ziemlich unmodernes Hochhaus ohne Klimaanlage!). Auf einer anschließenden Pressekonferenz im besetzten Haus in der Fehenheimer Str. beklagen die „Besetzer“ besonders den „absoluten Notstand bei Großwohnungen“: „Eine Familie mit mehr als zwei Kindern oder auch eine Wohngemeinschaft ist doch heute völlig aufgeschmissen.“ Sie fordern „alle Gemeinden in diesem Land“ auf, „in öffentlichem Besitz befindliche leerstehende Räume, Häuser und Fabriken den Menschen zu annehmbaren Bedingungen zur Verfügung zu stellen“, damit „die dort leben können, wie sie es wollen.“

Der erwähnte Wohnungsamtsleiter ist da doch ganz anderer Meinung: „Wir können den Mangel doch nur verwalten, helfen können wir nur in den dringendsten Fällen und das sind in der Regel die jungen Leute nicht. Schließlich hat es doch nicht meine Verwaltungsbehörde zu verantworten, daß Jugendliche heute mit 17 oder 18 Jahren das Elternhaus verlassen wollen.“ (Klartext: Zurück marsch, marsch ins Elternhaus, da

habt ihr noch 'ne Kammer – für Euch können wir doch keine Wohnungen bauen!)

Der Herr Amtsleiter irrt: 1. gibt es heute schon Kinder von 10 Jahren, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, sondern in Kinderkommunen, wie z.B. die Nürnberger „Stadtindianer“, 2. ist es doch eben diese Verwaltungsmentalität, der der Herr Amtsleiter nicht nur seine eigenen besseren Anlagen geopfert hat, sondern deren chaotisierende Effekte diese Gesellschaft mehr und mehr desorganisieren! 3. ist dem Herrn Amtsleiter offenbar aufgrund zuwiderlaufender Alltagserfahrung unbekannt, daß Artikel 1 des Grundgesetzes immer noch geltendes Recht ist.

## Freiburger „Dreisameck“: Ende oder Wende?

Eine Häusergruppe – von den Bewohnern liebevoll „Dreisameck“ genannt – ist von einem Bauspekulanten im Konkurs v.a. an zwei Banken verloren worden. Die Konkursverwaltung sicherte sie einer Versicherung zu, die allerdings nur kaufen will, falls die Häuser bis auf eine denkmalgeschützte Fassade abgerissen sind. Die „Grünen“, in Freiburg mit 11% der Stimmen gewählt, wollten eine Genossenschaft gründen, die die Kaufsumme von 4,2 Mio DM aufbringt und die Häuser den Klauen der Bagger entreißt. Über eine Mio haben sie schon zusammen. Am 18.3. sollte das erste Haus abgerissen werden, deshalb übernachteten über 200 Leute darin.

Die legalen Bewohner, per Gerichtsbeschuß gekündigt, sind seither wieder in die Illegalität gedrängt. Sie hatten seit langem das Eck zu einem Kommunikationsort für alle gemacht, die sich für die Erhaltung von billigem Wohnraum in der Innenstadt bzw. gegen die horrenden Wohnungsnot einsetzten.

Über die Vorgeschichte(n)



## AKTUELLES

ließe sich ein Buch schreiben: leerstehende Büros als Spekulationsobjekte, friedliche Hausbesetzung, innerhalb kürzester Zeit legaler Mietvertrag mit dem damals noch nicht bankrotten Spekulant, dann dessen Konkurs nebst Flucht in die Schweiz. Hunderte von Arbeitern seiner Unternehmen auf der Straße. Erste Kündigungen, dann Kündigung für das gesamte Dreisameck durch den neuen Besitzer.

Wie wär's, wenn z.B. der „stern“ das mal alles nachrecherchieren würde?

Göttingen:

### „In den 80er Jahren gehen die Lichter aus!“ (H. Schmidt)

19.2.80: Nach viermonatiger Besetzung des ehemaligen Klinikums durch rund 100 Wohnungssuchende Studenten, Schüler, Lehrlinge, Arbeitslose machte die Universitätsleitung Stufe 1 ihrer Drohung wahr und stellte Strom, Heizung und Wasser ab. In der Chirurgie gelang es einigen technisch Findigen, alles wieder in Betrieb zu setzen. In der Augenklinik dagegen behielt Helmut Schmidt recht. Trotz Kerzenlicht wurden die Besetzer nicht zum Atomstrom bekehrt!

Verhandlungen mit der Universitätsleitung führten zu einem Kompromiß: 85 Wohnplätze sollten in der ehem. Inneren Medizin bereitgestellt werden, freilich allein für Studenten. Es stellte sich allerdings heraus, daß die Umbaumaßnahmen in der Augenklinik beginnen sollten, noch bevor diese anderen Räume beziehbar sein würden. Für die Besetzer, deren studentischer Anteil inzwischen beträchtlich geschrumpft war, kam die polizeiliche Räumung am 12.3. völlig überraschend: Am Vortage hatte der bislang von einer SPD-FDP-Koalition beherrschte Stadtrat mit den Stimmen der CDU und FDP einen neuen Oberstadtdirektor (FDP-Mitglied) in Amt und Würden gebracht. Der hatte nun offenbar nichts eiligeres zu tun, als die Räumung anzuordnen. Allein den Studenten wurden Zwischenunterkünfte beschafft. Die anderen stehen auf der Straße. Zweierlei Maß. Am 25.3. brannte die Augenklinik ...

München:

### Parteien schauen tatenlos zu

Am 16.2. demonstrierten bei strömendem Regen 500 Münchner Bürger, vor allem jüngere Wohnungssuchende gegen die eklatante Wohnungsnot. Sie forderten die Stadtverwaltung auf, umgehend leerstehende Wohnungen an die Wohnungssuchenden zu vermieten. Jeweils um Mitternacht bildeten sich lange Schlangen vor den Zeitungshäusern. Dennoch wird die Zweckentfrem-

Fortsetzung auf S.5

### Bürgerzentrum in alter Fabrik

In Oberhausen fand am 15.3. die erste Großveranstaltung des Initiativkreises Altenberg e.V. (IKA) mit Beteiligung der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung statt. Fast 1000 Zuschauer verfolgten das gut 10-stündige Programm, das im Wechsel Referate, Szenen, Musik, Diskussionen bot. Durch Ausstellungen und Infostände stellten sich die Gruppen dar.

Der IKA, entstanden aus dem Zusammenschluß dieser Gruppen, setzt sich ein für die Verwirklichung eines Bürgerzentrums von überregionaler Bedeutung in der Fabrik Altenberg (ca. 10000 m²). Die AG Altenberg - seit Mitte des 19. Jhdts. als Zinkfabrik in Oberhausen ansässig - wird bis Ende 1981 dort produzieren. Die anschließende Verlagerung wurde im Zuge der Sanierungsplanung beschlossen. Das Ziel - City-Erweiterungsgebiet - wurde aufgrund der veränderten ökonomischen Bedingungen unrealistisch.

Die Projektstudie des Planungsamtes (1978) zur Umnutzung der Fabrik als Kulturzentrum war Anlaß für die Gründung des IKA. Dieser besteht heute aus Vertretern der Gruppen und Einzelpersonen. Er bemüht sich um eine tritt gegenüber der Verwaltung. Davon wird der Erfolg des wesentlich abhängen.



### Münster: Mensch + „Abschaum“

Auch in Münster gibt es wie in den meisten Universitätsstädten eine akute Wohnungsnot. 2000 Wohnungssuchende und Obdachlose sind amtlich registriert. Zu Beginn des Wintersemesters standen sogar 4000 Studienanfänger auf der Straße. Der zuständige Wohnungsdezernent Dr. Kelm (CDU) scheint jedoch zwischen Menschen und Studenten nebst anderem „Abschaum“ zu unterscheiden: „In Münster gibt es keine Wohnungsnot!“

Am 26.1. wurden vier Häuser in der Sertiner Str., die in frühestens zwei Jahren einem Straßenbauprojekt zum Opfer fallen sollen, von ca. 600 Leuten nach einer Veranstaltung der Initiative „Wohnraumrettungshilfe im Ar-

beitskreis Umwelt“ besetzt. Ihre Forderung: ein befristeter Mietvertrag für vorerst zwei Jahre. Anwohner spendeten alte Öfen, Möbel, Teppiche, Strom und Wasser wurden von Nachbarhäusern aus zugeleitet.

Oberstadtdirektor Fechner von der allerchristlichsten CDU: „Eigentlich geht mich die Wohnungsnot von Studenten nichts an!“ Die CDU-Fraktion erklärte die Hausbesetzung als „kriminellen Akt“. Legal ist dagegen das Leerstehenlassen von Wohnungen im Eigentum der Stadt. Wer aber ist der eigentliche Rechtsbrecher, der, welcher Rechtsgrundsätze mißachtet oder der, welcher dagegen mit Rechtsverletzungen protestiert?

### Verschandelung der Römerstadt Siedlung

Nachdem Rudi Arndts SPD schon die Hellerhof Siedlung - berühmtes Beispiel eines ästhetisch gelungenen, reformorientierten Wohnungsbaus der 20er Jahre - weggebaggert hat, fährt nun die traditionsreiche „Frankfurter Aktiengesellschaft für Kleinwohnungen“ im gleichen Geiste fort. Diesmal ist die Römerstadtsiedlung dran. Im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen werden ihr Alu-Fenster und Türen (mit Riffelglas) eingebaut. Diese „aus der Tiefe des Gemüts“ kommenden Verschönerungen, wie der Frankfurter Denkmalschützer Dr. Schomann das Treiben der Baugesellschaft verurteilte, kennzeichnet nicht nur die ästhetischen Bornierungen der heutigen Sachwalter des sozialen Wohnungsbaus. Sie zeigt die Haltung, die sie ihrem gesamten historischen Erbe gegenüber an den Tag legen: Der gemeinwirtschaftliche Wohnungsbau der 20er Jahre als praktische Wirtschaftsreform - verdrängt; die sozialen Baubetriebe - vergessen; die vorbildliche Architektur - verschandelt, wenn nicht gar völlig ausgemerzt, als gälte es, auch noch die sichtbaren Zeugnisse der eigenen, besseren Vergangenheit zu tilgen. Aber die Zeiten scheinen sich doch zu wandeln. Hellerhof schützte auch der massive Protest aus In- und Ausland nicht mehr. Römerstadts zweite Hälfte scheint nochmal davongekommen: Nach Protesten und Konflikten mit dem übergangenen Planungsamt (Leiter Dr. Küppers, CDU) und der Bauaufsichtsbehörde stellt die stadteigene Besitzerin die „bauliche Maßnahme“ .. „aufgrund der derzeitigen Diskussion“ ab sofort „bis auf weiteres ein“. Die schon eingebauten Fenster bleiben freilich drin. Auch ein Kulturdenkmal.

Köln:

### Humboldt-Siedlung bleibt

Nach fünfjährigem Kampf der Bewohner der Kölner Humboldt-Siedlung ist endlich das Selbstverständliche erreicht: Sie können wohnen bleiben. Klöckner-Humboldt hatte seine 1943 für ausgebauten Facharbeiter errichtete rechtsrheinisch gelegene Siedlung 1975 der Stadt verkauft, ohne freilich die Häuser erst den eigenen Arbeitern zum Kauf anzubieten. „Die 60 Mark, die die Stadt pro Quadratmeter bezahlt hat, hätten wir auch noch zusammengekratzt für das Stückchen Land“, monierten die Bewohner, die in Selbsthilfe seinerzeit die Siedlung fertiggestellt hatten. Mit der Spekulation der Stadt, das Gebiet zum Gewerbegebiet umzuwandeln, wird nun nichts mehr. Die Wohnungen sollen nun schnellstmöglich renoviert und den Mietern ein Zehn-jahresvertrag angeboten werde. Der schon angesetzte Hungerstreik konnte in letzter Minute abgeblasen werden.

### Termine

München 15.-17.5.80: Physikalisch-chemische Prozesse zur Umwandlung und Speicherung von Energie. Hauptversammlung der Deutschen Bunsen-Gesellschaft für Physikalische Chemie. Auskunft: Geschäftsstelle d. D. Bunsen-Ges., Tel. (0611) 7917201. Wer berichtet darüber für ARCH???

Westerland/Sylt 29./30.5.80: „Stadterneuerung - Leben in der Stadt“ ist das Thema des diesjährigen Kongresses der Akademie der Architektenkammer NRW, Adresse u. Auskunft: Inselstr. 27, 4000 Düsseldorf

Hamburg 24. - 27.6.80 Internationale Ausstellung Solartechnik 80. Parallel dazu das 3. Internationale Sonnenforum mit Seminaren für Sonnen- und Windenergie. Information: Hamburg Messe und Congress GmbH, Postfach 302 360, 2 HH 36.

### Sprüche

„Wir sollten die Kinderspielplätze zu Parkplätzen umwidmen und die Parkplätze zu Kinderspielplätzen. Dann wären wir vor den Autos abgesichert und die Kinder könnten wieder vor dem Haus auf der Straße spielen.“

Ein noch unbekannter Stadtplaner